



2. März 2018

Europäische Fördermittel für NRW: Landesregierung muss Allianz beitreten



Ob Niederfeldsee in Essen, Logport in Duisburg-Rheinhausen, die Ruhrtrienale oder Bildungsschecks - all diese Projekte wurden mit Hilfe von EU-Mitteln finanziert. Die Gelder fließen noch bis zum Jahr 2020, dann läuft die aktuelle EU-Finanzperiode aus. Damit NRW auch über das Jahr 2020 hinaus von der europäischen Förderung profitiert, muss die Landesregierung endlich aktiv werden und der „Allianz für eine starke EU - Kohäsionspolitik“ beitreten. Die Allianz - in der sich bereits andere Bundesländer und kommunale Vertretungen engagieren - will darauf hinwirken, dass die EU-Förderpolitik auch zukünftig mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet wird. Der Beitritt zur Allianz wäre ein wichtiger Schritt, um regionale Ansprüche und Forderungen aus NRW gegenüber der Europäischen Kommission geltend zu machen.

Drucksache [17/1193](#)

Lehrerbesoldung: Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit



Für die SPD bedeutet Wertschätzung und Anerkennung der Lehrerinnen und Lehrer auch deren gleiche Besoldung. Das würde die Attraktivität des Lehrberufs steigern und wäre ein wichtiger Beitrag zur Beseitigung des Lehrermangels in NRW. Obwohl Studium und Vorbereitungsdienst (Referendariat) gleich lang sind, werden Lehrerinnen und Lehrer je nach Schulform nach wie vor unterschiedlich besoldet.

Die Anträge der SPD-Fraktion, entsprechende Mittel zur Anpassung der Lehrerbesoldung in den Landeshaushalt 2018 einzustellen, wurden von den regierungstragenden Fraktionen CDU und FDP abgelehnt. Deshalb hat die SPD-Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Dieser wurde im Plenum aus schulpolitischer Sicht von Jochen Ott und aus haushaltspolitischer Sicht von Heike Gebhard erläutert.

Drucksache [17/1817](#)

Kultur in NRW: Theater und Orchester brauchen Sicherheit



Im Jahr 2013 haben die damalige rot-grüne Landesregierung und die theater- und orchestertragenden Städte ein wichtiges Signal für den Erhalt der in den Kommunen vorhandenen Bühnen gesetzt. Die Landesförderung der kommunalen Theater und Orchester wurde seinerzeit um 23 Prozent pro Jahr erhöht (von 14,5 auf 19 Millionen Euro). Theater und Orchester werden in NRW größtenteils durch Städte und Gemeinden finanziert. Die angespannte finanzielle Situation vieler Kommunen macht es allerdings seit vielen Jahren immer schwieriger, die finanziellen Mittel zur Bewahrung dieses kulturellen Angebots sicherzustellen. Die Theater und Orchester benötigen aufgrund gestiegener Betriebskosten zusätzliche finanzielle Mittel. Die schwarz-gelbe Landesregierung darf sich auf den Erfolge der Vorgängerregierung nicht ausruhen und muss den Pakt weiterentwickeln.

Drucksache [17/1992](#)

Aktuelle Stunde: Ministerpräsident scheitert in Brüssel, Belgien hält an Atomkraft fest



Mit Stromlieferungen aus Nordrhein-Westfalen wollte die schwarz-gelbe Landesregierung die Abschaltung des umstrittenen belgischen Pannereaktors Tihange vorantreiben. Ministerpräsident Laschet nahm angeblich schon im vergangenen Jahr darüber Verhandlungen mit der belgischen Regierung auf. Die neuerliche Belgien-Visite des Ministerpräsidenten offenbarte: Es sind keine Leitungen vorhanden, um genügend Strom zu liefern, es wurden keine Gespräche geführt, aber schon mal angekündigt - und von belgischer Seite besteht keine Bereitschaft mit dem NRW-Ministerpräsidenten zu verhandeln. Die Landesregierung muss dazu auf Antrag der SPD-Fraktion in einer aktuellen Stunde des Landtags Stellung beziehen.

Drucksache [17/2028](#)

Aktuelle Stunde: Dieserverbot abwenden



In einer aktuellen Stunde hat sich der nordrhein-westfälische Landtag mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Thema Fahrverbote für Dieselfahrzeuge befasst. Für die SPD-Fraktion sprach der verkehrspolitische Sprecher Carsten Löcker, der auch die aktuelle Diskussion um einen kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehr miteinbezog. Nach einem Spitzengespräch im Bonner Verkehrsministerium mit den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der fünf ausgewählten Modellstädte, sind diese sich einig, dass die Idee derzeit nicht umsetzbar ist. Die SPD-Landtagsfraktion fordert deshalb, dass eine preiswerte ÖPNV-Nutzung in den von möglichen Fahrverboten betroffenen Städten und Kommunen als Übergangslösung möglich gemacht wird. Dies könnte in den betroffenen Städten zu einer kurzfristigen Entlastung der Verkehrssituation und die damit verbundene Senkung der Stickoxidbelastung erreicht werden. Für die Kommunen wäre dies eine praktikable Lösung, um Umwelt und die Gesundheit der Anwohner zu schonen.

Studiengebühren: Studium muss gebührenfrei bleiben



Gebührenfreie Bildung hat sich in Nordrhein-Westfalen aus vielen sozialen und auch ökonomischen Gründen bewährt. In ihrem Koalitionsvertrag kündigten CDU und FDP trotzdem an, Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer einführen zu wollen. Die SPD-Fraktion hat nun ein Gebührenfreiheitsgesetz in den Landtag eingebracht. Für uns ist klar: Bildung muss gesetzlich gebührenfrei bleiben. Eine Anhörung bestätigte die SPD-Position: Keiner der Sachverständigen sprach sich für ein Gebührenmodell à la Schwarz-Gelb aus. Als Reaktion auf die Kritik hat die Mitte-Rechts-Koalition das Projekt Gebühreneinführung vorerst gestoppt. Baden-Württemberg, das bereits Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer erhebt, dient der Landesregierung als Vorbild, entpuppt sich in der Realität jedoch als Menetekel: Die Studierendenzahlen sinken und die Mehreinnahmen bleiben weit hinter den Erwartungen zurück.

Drucksache [17/85](#)

Geldwäsche-Kriminalität: Mitte-Rechts-Koalition in der Pflicht



Die Bekämpfung von Geldwäsche ist ein unverzichtbarer Bestandteil zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus. Die Bearbeitung von Geldwäsche-Verdachtsanzeigen ist in Deutschland seit 2017 beim Zoll angesiedelt. Derzeit gibt es immer mehr Hinweise auf chaotische Organisationsstrukturen, fehlende Kompetenzen und überforderte Mitarbeiter als Resultat der Aufgabenverlagerung von Landeskriminalämtern und Bundeskriminalamt auf den Zoll. Unser Land darf nicht aufgrund fehlerhafter Entscheidungen auf der Bundesebene zur Komfortzone für organisierte Kriminalität werden. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb die Landesregierung dazu auf, sich im Bund für eine effektive Organisationsstruktur für das Meldesystem bei Geldwäsche-Verdachtsmeldungen einzusetzen.

Drucksache [17/1991](#)

Appell an Ministerin Scharrenbach: Pläne die Kürzung der Wohnraumförderung zu stoppen werden ignoriert



Angesichts der offensichtlichen Kürzung der öffentlichen Wohnraumförderung in den neuen Förderrichtlinien des Landes, haben die SPD-Abgeordneten aus Gelsenkirchen, Herne und Herten in einem gemeinsamen Schreiben an die zuständige Ministerin Ina Scharrenbach appelliert, die Kürzungen wieder zurückzunehmen. Durch die Abstufung in das sogenannte Mietniveau 2 (unterdurchschnittlich) verschlechtern sich die Förderbedingungen drastisch und es ist zu befürchten, dass angesichts der Herabstufung der geförderte Mietwohnungsbau in den betroffenen Städten zum Erliegen kommt. Die Antwort der Ministerin ist ziemlich enttäuschend. Sie verweist in dem Schreiben, dass die betroffenen Städte eine Übergangslösung bis 2019 erhalten haben, um Projekte noch im Zeitraum bewilligt zu bekommen. Den Städten hilft diese „Übergangslösung“ nur kurzfristig. Seit dem 01. Februar ist der Erlass der Ministerin Scharrenbach zur neuen Förderrichtlinien des Landes NRW gültig.

Vier neue Familienzentren für Gelsenkirchen: Qualität statt ausschließlich Quantität



Das Land wird zum neuen Kindergartenjahr erneut Kindertagesstätten in Familienzentren umwandeln. Vier weitere Familienzentren sollen in Gelsenkirchen, zu den bereits 42 vorhandenen Einrichtungen, entstehen. Die beiden Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier begrüßen dieses Vorhaben im Grundsatz. Heike Gebhard, die Vorsitzende für den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, äußert deutliche Kritik zu der Finanzierung. Die Einrichtungen brauchen auch die notwendigen Finanzmittel, um gute Arbeit leisten zu können. Der Antrag der SPD-Fraktion sah vor, den jährlichen Zuschuss für Familienzentren von 13.000 Euro auf 15.000 Euro und für die Einrichtungen mit besonderem Unterstützungsbedarf auf 16.000 Euro zu erhöhen. In den Haushaltsberatungen haben die Fraktionen von CDU und FDP gegen den Antrag gestimmt. Die Mitte-Rechts-Koalition hätte konkret die Möglichkeit gehabt die Qualität in den Einrichtungen zu steigern, setzt aber in erster Linie auf Effekthascherei. Leidtragende dieser verfehlten Politik von Schwarz-Gelb sind einmal mehr die Beschäftigten in den Einrichtungen sowie die Kinder und deren Familien.

Pläne von CDU / FDP bei der Gemeindefinanzierung kosten Gelsenkirchen bares Geld

In der Pressemitteilung vom 23. Januar 2018 haben die Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier bereits die Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes kritisiert. Ein gemeinsamer Haushaltsantrag von SPD und Grünen wurde von der Mitte-Rechts-Koalition ohne jegliche Begründung abgelehnt. Für Gelsenkirchen bedeutet diese Änderung schätzungsweise 5,5 Millionen Euro weniger in der Kasse. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Weiterleitung der Integrationspauschale. Bis zum heutigen Tag ist nicht ersichtlich, wie die 100 Millionen Euro an die Kommunen verteilt werden sollen. In dem Entschließungsantrag bezieht die CDU/FDP Fraktion Stellung und beauftragt nun die Landesregierung: „...zeitnah die gesetzliche Grundlage zur Verteilung der zusätzlichen Mittel von 100 Millionen Euro vorzulegen“. Die Mitte-Rechts-Koalition würde den Kommunen helfen, indem sie die Mittel schnell und unkompliziert weiterleitet statt auf Zeit zu spielen.

Besuch bei der Agentur für Arbeit



Über die aktuelle Entwicklung des Arbeitsmarktes in Gelsenkirchen haben Markus Töns MdB und Sebastian Watermeier MdL mit den Geschäftsführern Karl Tymister und Dirk Sußmann gesprochen. Heike Gebhard konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht am Gespräch teilnehmen. Im Fokus stand die derzeitige Ausgestaltung des „sozialen Arbeitsmarktes“ des Landes NRW. Die Anforderungen, wie sie im Gelsenkirchener Apell aufgeführt sind, fehlen in der Maßnahme des Landes. Sie bringen nur ein gewissen Teil der Langzeitarbeitslosen in die Beschäftigung. Alle Teilnehmer sind sich darüber einig, dass ein sozialer Arbeitsmarkt, so wie er im Gelsenkirchener Apell beschrieben ist, in Gelsenkirchen dringend benötigt wird.

Sebastian Watermeier besucht JOBLINGE



Letzten Donnerstag verschaffte sich Sebastian Watermeier MdL vor Ort einen Eindruck über die Arbeit der JOBLINGE an der Eberstraße. Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt die Jugendarbeitslosigkeit in der Region zu senken. Mit rund 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprach er unter anderem über seine Aufgaben als direkt gewählter Abgeordneter. Die Jugendlichen zeigten sich sehr engagiert und interessiert. In einigen Themenfeldern wurde lebhaft und spannend miteinander diskutiert. Mit dem zuständigen Regionalleiter Raphael Karrasch führte Sebastian Watermeier im Anschluss ein Gespräch, der im Dialog unter anderem die Förderkulisse ansprach. Der Besuch bei den Joblingen hat Sebastian Watermeier vor Augen geführt, wie bedeutsam die Arbeit der JOBLINGE für die Zielgruppe selbst, aber auch für die Region ist.

[Pressemitteilung](#)

Fotonachweis:

- Europa: Urheber: Julien Eichinger - www.fotolia.com
- Verdienstabrechnung: Urheber: Stockfotos-MG - www.fotolia.com
- Kultur: Urheber: stokkete - www.fotolia.com
- Atomkraftwerk Tihange: Urheber: rcfotostock - www.fotolia.com
- Dieselfahrverbot: Urheber: Thomas Reimer - www.fotolia.com
- Studiengebühren: Urheber: Sinuswelle - www.fotolia.com
- Geldwäsche: Urheber: Bildagentur-o - www.fotolia.com
- Wohnungsbau: Urheber: animaflora - www.fotolia.com
- Familienzentren: www.pixabay.de
- Agentur für Arbeit: Urheber: Büro Töns
- JOBLINGE: Urheber: Joblinge

Besucht uns auch hier

facebook

V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf